

Der Frieden.

Die Unterzeichnung.

Verailles, 28. Juni. (Wolff.) Die Zeremonie der Unterzeichnung im Spiegelsaal zu Versailles begann um 3 Uhr nachmittags. Der Vorsitzende der Friedenskonferenz Clemenceau erklärte, nachdem die Bedingungen der alliierten und assoziierten Mächte von den Deutschen angenommen seien, erjuche er die deutschen Bevollmächtigten, das Friedensdokument zu unterzeichnen. Er hob hervor, die Unterzeichnung des Friedensvertrages bedeute, daß die Bedingungen in lokaler Weise eingehalten werden müßten. — Um 3.12 Uhr unterschrieben Hermann Müller und Dr. Bell als erste den Friedensvertrag. Hierauf unterschrieben der Reihe nach die Delegierten der alliierten und assoziierten Mächte. Kurz vor 4 Uhr war der Akt beendet. Clemenceau hob die Sitzung mit der Erklärung auf, der Friede sei geschlossen. Er ersuchte die Delegierten der alliierten und assoziierten Mächte zu warten, bis die deutschen Bevollmächtigten sich entfernt hätten; die Militärmission werde die deutsche Delegation in das Hotel des Reservoirs zurückgeleiten. Die deutschen Bevollmächtigten verließen darauf als erste den Saal und begaben sich sofort in das Hotel des Reservoirs zurück.

N Berlin, 28. Juni. (Priv.-Tel.) Am Tage der Unterzeichnung des Friedens erlöst die Deutschnationale Fraktion der Nationalversammlung einen Aufruf, worin noch einmal festgestellt wird, daß dieser Friede nur Gutes und seine Bedingungen unausführbar seien, daß dieser Friede die Zusammengehörigkeit mit den Brüdern im Osten und Westen nicht erreichen werde, daß jetzt zähe Arbeit unser Los sei. Zum Schluß kann man sich nicht versagen, diesen Frieden als die Frucht der Revolution zu brandmarken, die das deutsche Volk entwarfne habe.

Der „Vorwärts“ widmet dem denkwürdigen Akt folgende Worte: „Wir wissen, daß der Friede, der jetzt unterzeichnet wird, nicht die dauernde und endgültige Gestaltung der Welt bedeutet. Dazu ist er zu voll von Ungerechtigkeiten, Vergewaltigungen und Ausbeutungen aller Art. Die Weltgeschichte duldet derlei willkürliche Verunstaltung ihrer natürlichen Entwicklung nicht, mögen sie auch noch so raffiniert durchgeführt sein. Zerstörte Völker stehen wieder auf und künstlich getrennte vereinigen sich wieder. Dafür erleben wir Beispiel über Beispiel. Wir träumen nicht von einer blutigen Revanche wie die altdeutschen Narren, die nun ihre „Gerechtigkeit“ an eigenen Leibe erleben, aber wir hoffen und vertrauen unerschütterlich auf den Sieg des Rechtes. Nicht an einen Sieg, der ganz von selbst kommen wird. Nur rückwärts betrachtet, nehmen sich die Dinge als Entwicklung aus. Von vorn gesehen, bedeuten sie Kampf und Ringen. Uns steht ein Kampf für den Sieg des Rechts bevor, aber kein Sieg der blutigen Waffen, sondern ein Kampf des Geistes, der nichtsdestoweniger mit der höchsten Energie und Inbrunst geführt werden muß. Diesem Kampf weisen wir uns heute. Ihn mit aller Entschiedenheit zu führen, geloben wir in dieser Stunde, am Tage des schlußhaften Sieges des Unrechts begrüßen wir den werdenden Frieden des Rechts, den wir Schulter an Schulter mit unseren arbeitenden Brüdern jenseits der Grenze erkämpfen wollen.“

Deutsch-französische Noten.

Verailles, 28. Juni. (Wolff.) Gesandter v. Saniel richtete heute folgende Note an den Vorsitzenden der Friedenskonferenz Clemenceau:

„Im Auftrage des Reichsministers des Auswärtigen beehre ich mich, Eurer Excellenz folgendes mitzuteilen: Unter Hinweis auf den Schlußabsatz des Schreibens Eurer Excellenz wegen der Heimbeförderung der Kriegsgefangenen und auf Teil 6 der Antwort der alliierten und assoziierten Mächte auf die Bemerkungen der deutschen Delegation zu den Friedensbedingungen bittet die deutsche Regierung um tunlichst baldige Erklärung, wann und wo und in welcher Zusammensetzung der Zusammentritt der im Artikel 213 Absatz 1 des Friedensvertrages vorgesehenen Kommission in Aussicht genommen ist. Genehmigen Sie, Herr Präsident, den Ausdruck meiner ausgezeichneten Hochachtung.“

(gez.) v. Saniel.

Verailles, 28. Juni. (Wolff.) Der Vorsitzende der Friedenskonferenz Clemenceau richtete heute folgende Note an den Gesandten v. Saniel:

Herr Vorsitzender!

Die alliierten und assoziierten Mächte haben die Note der deutschen Delegation bezüglich des Abkommens über die Rheinlande vom 27. Juni geprüft. Sie nehmen davon Notiz, daß die deutsche Delegation Vollmacht zur Unterzeichnung dieses Abkommens am festgesetzten Datum erhalten wird. Wir haben nichts dagegen einzuwenden, daß nach der Unterzeichnung Verhandlungen angebahnt werden, um zum Besten der Interessen der verschiedenen Teile eine Anzahl Fragen zu regeln, welche von der deutschen Delegation aufgeworfen werden können.

Genehmigen Sie, Herr Vorsitzender, die Zusicherung meiner vorzüglichen Hochachtung.

(gez.) Clemenceau.

Paris, 27. Juni. (Wolff.) Clemenceau sandte an Herrn v. Saniel folgende Note: „Ich habe die Ehre, Ihnen die förmliche Zusicherung zu geben, daß der gedruckte Wortlaut des Friedensvertrages, welcher den deutschen Bevollmächtigten gleichzeitig mit den Bevollmächtigten der alliierten und assoziierten Mächte zur Unterschrift vorgelegt wird, in allen Punkten mit dem Wortlaut identisch ist, welcher am 21. Juni 1919 Ihnen überreicht wurde, abgesehen von den Korrekturen, deren Liste Ihnen am 24. Juni zugestellt wurde von den Abänderungen, welche in der Liste der Bevollmächtigten vorgenommen

werden mußten. Beiliegend beehre ich mich, Ihnen ein Exemplar des Friedensvertrages und der beiden Dokumente, welche ihn ergänzen, das heißt das Protokoll und Abkommens bezüglich des Rheinlandes, zukommen zu lassen. Diese Texte wurden mit denselben Schmitteln, Formen und Lettern gedruckt wie die für die Unterzeichnung bestimmten Instrumente.

Genehmigen Sie, Herr Vorsitzender, den Ausdruck meiner ausgezeichneten Hochachtung.

(gez.) Clemenceau.

Die Kriegsgefangenen. — Polen. — Der Friedensauschuß.

Verailles, 28. Juni. (Wolff.) Wie das „Journal“ berichtet, scheint der Biererrat zu befürchten, daß Deutschland die Ratifizierung zu verschleppen sucht. Das „Journal“ deutet an, daß der Biererrat eine Abmachung gleichzeitig mit dem Friedensvertrag unterzeichnen lassen möchte, wonach die Freilassung der deutschen Kriegsgefangenen erst nach der Ratifizierung des Friedensvertrages beginnen soll. Der Biererrat hofft, dadurch Deutschland zur Beschleunigung der Ratifizierung zu veranlassen.

Wie die Blätter ferner berichten, bezieht sich die Abmachung über Polen, welche heute nachmittag gleichzeitig mit dem Vertrag unterzeichnet werden soll, namentlich auf den Schutz der Minderheiten in Polen durch die Gesellschaft der Nationen. Diese Abmachung, welche zwei Kapitel auf zwölf Seiten umfaßt, werde von Polen und den fünf alliierten Großmächten unterzeichnet werden. Der „Petit Parisien“ meldet, daß der Friedensvertrag voraussichtlich am nächsten Montag von Clemenceau der Kammer vorgelegt wird. Clemenceau werde hierbei eine kurze Erklärung abgeben.

Wie die Pariser Morgenblätter melden, wählte die Kammer gestern den Friedensauschuß. Von den 60 durch die Gruppen ernannten Kommissionsmitgliedern wurden 58, welche die absolute Mehrheit errangen, wiedergewählt. Longuet und Maheras erhielten die absolute Mehrheit nicht, so daß für die zwei letzten Sitze ein zweiter Wahlgang stattfinden muß. Sämtliche sozialistische Deputierte, die gestern in den Ausschuß gewählt worden waren, erklärten sich mit Longuet und Maheras solidarisch und traten aus dem Ausschuß aus. Der zweite Wahlgang für die Nachwahl wurde auf nächsten Montag festgesetzt.

Wilson.

Verailles, 28. Juni. (Wolff.) Die „Humanité“ schreibt: „Als Wilson in Frankreich landete, glaubte das Volk, daß er seinen großen Gedanken, seinen Botschaften, seinen vierzehn Punkten treu bleibe. Das Volk hoffte, daß er der imperialistischen Begehrlichkeit ein Veto der Gerechtigkeit und der Ehre gegenüberstellen würde. Die Enttäuschung ist vollkommen. Nach einigen Wochen der Anstrengungen der Kämpfe, in welchen er nur von der sozialistischen öffentlichen Meinung unterstützt worden war, ließ Wilson ohnmächtig den Imperialismus gewähren. Von dem edlen Programm, das er der Welt vorgeschlagen hatte, wurde nichts verwirklicht. Das Völkerrecht, das er so laut proklamierte, ist ebenso beschmutzt und verkannt worden wie 1815 oder nach dem Dreißigjährigen Kriege. Die Gesellschaft der Nationen, wie sie aus den Erörterungen der Friedenskonferenz hervorgeht, ist ein Spott. Die internationale Sicherheit, die er für ewig begründen wollte, besteht weniger als je. Clemenceau triumphiert zu Recht, denn er sagt, daß morgen noch mehr als gestern die Gefahren des Krieges die Menschheit bedrohen.“

Oft erinnerten wir an die tieferen Gründe, die das Versagen des Wilsonismus erklären. Aber in dem Augenblick, wo Wilson Frankreich verläßt, sind wir verpflichtet, zu sagen, daß er trotz allem unserer Sache diene. In dieser schmachvollen Epoche, wo es genügt, sich auf die Gerechtigkeit zu berufen, um des Landesverrats bezichtigt zu werden, wurden wir von Wilson, dessen Aktion sich eine Zeitlang in derselben Richtung geltend machte wie die unsrige, stark unterstützt. Auch mögen, wenn wir vor dem Lande den unmenschlichen internationalen Vertrag, der heute unterzeichnet werden soll, verurteilen, werden wir große Kraft aus den Wilsonschen Behauptungen schöpfen. Es wird uns leicht fallen, seine vergeblichen Anstrengungen, um seinen Grundrissen gegen einen wilden Imperialismus zum Triumphe zu verhelfen, wieder in Erinnerung zu bringen. Wir glauben nicht, daß die gegen Wilson erhobenen Anschuldigungen, es fehle ihm der gute Wille, gerecht sind. Wir glauben, daß Wilson, der ein Mann des Studiums und der Philosophie ist, aufrichtig davon träumte, aus diesem Krieg eine internationale Ordnung der Gerechtigkeit hervorgehen zu lassen. Seine Niederlage, die auch diejenige des ganzen, zuweilen aufrichtigen, aber immer ohnmächtigen bürgerlichen Idealismus ist, zeigt allen Völkern und Menschen, daß nur der Sozialismus die Ordnung und Brüderlichkeit aufzurichten vermag.“

Verailles, 28. Juni. (Wolff.) Wie die Blätter melden, hat Wilson seine Abreise von heute auf morgen verschoben.

Ein kirchlicher Trauertag.

N Berlin, 28. Juni. (Priv.-Tel.) Der Evangelische Oberkirchenrat hat durch einen besonderen Erlaß den Geistlichen und Gemeindeführern der altpreussischen Provinzen nahegelegt, Sonntag, den 6. Juli, für die evangelischen Gemeinden zu einem Trauertag zu gestalten, an ihm der ganzen Lebenshaltung ein ernstes Gepräge zu geben, lärmende Vergnügungen tunlichst hintanzuhalten und dafür einzutreten, daß wenigstens die evangelischen Gemeindeglieder von ihnen fernbleiben. Dementsprechend sollen die Gottesdienste besonders ernsten Charakter tragen. Durch das Wort von der Buße soll die Trauer auf den rechten Grund zurückgeführt und vor allem sollen die evangelischen Gemeinden aufgerufen werden, mit neuem Ernst an der persönlichen Lebenserneuerung zu arbeiten und dadurch im Augenblick der tiefsten Erniedrigung anheben, für Deutschlands neuen Aufstieg zu wirken. Am Schluß der Hauptgottesdienste soll an allen Orten Trauergeklänge der Kirchenglocken stattfinden.

Das Verfahren gegen Wilhelm II.

Bethmann Hollweg stellt sich der Entente zur Verfügung.

Berlin, 28. Juni. (Wolff.) Der ehemalige Reichskanzler v. Bethmann-Hollweg hat, nachdem er bereits am 20. Mai 1919 den gleichen Schritt auf ausdrücklichen Wunsch der Reichsregierung hat fallen lassen müssen am 25. Juni an Clemenceau ein Schreiben gerichtet, in dem er diesen bitte nachstehendes Schriftstück zur Kenntnis der alliierten und assoziierten Mächte zu bringen:

In Artikel 227 der Friedensbedingungen haben die alliierten und assoziierten Mächte Wilhelm II. von Hohenzollern, den früheren deutschen Kaiser, wegen schwerster Verletzung des internationalen Sittengesetzes und der geheiligten Macht der Verträge unter öffentliche Anklage gestellt. Sie haben gleichzeitig ihren Entschluß kundgetan, an die Regierung der Niederlande ein Ersuchen zu richten, in dem sie bitten, den ehemaligen Kaiser zum Zwecke seiner Beurteilung auszuliefern. Mit Bezug hierauf erlaube ich mir an die alliierten und assoziierten Mächte die Bitte zu richten, das gegen den Kaiser beabsichtigte Verfahren gegen mich stattfinden zu lassen. Zu diesem Zweck stelle ich mich hierdurch zur Verfügung der alliierten und assoziierten Mächte. Als ehemaliger deutscher Reichskanzler trage ich für meine Amtszeit die im deutschen Staatsrecht geregelte alleinige Verantwortung für die politischen Handlungen des Kaisers. Ich glaube hieraus den Anspruch herleiten zu dürfen, daß die Rechenschaft, welche die alliierten und assoziierten Mächte für diese Handlungen fordern wollen, ausschließlich von mir gefordert wird.

In der Überzeugung, daß die alliierten und assoziierten Mächte einem durch öffentliches Staatsrecht normierten Rechtszustand auch die internationale Beachtung nicht versagen wollen, darf ich der Hoffnung Ausdruck geben, daß sie meiner dringenden Bitte stattzugeben geneigt sein werden.“